NACHRICHTEN AG

23. Mai 2025

Kein Bestechungsskandal: Staatskanzlei-Projekt entlastet BLB-Mitarbeiter!

Ermittlungen zur Sanierung der Staatskanzlei NRW zeigen keine Bestechung. BLB-Mitarbeiter unter Druck, jedoch ohne kriminelle Absicht.

Düsseldorf, Deutschland - Die Ermittlungen zum landeseigenen Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) NRW, die in der Sanierung der Staatskanzlei verwickelt sind, ergeben keine Hinweise auf Bestechung. Wie dewezet.de berichtet, wurden vier Monate nach den Razzien, die Mitte Januar stattfanden und 57 Objekte samt der BLB-Zentrale durchsuchten, die vier beschuldigten Mitarbeiter entlastet. Der Verdacht der Bestechung, wettbewerbsbeschränkender Absprachen, Untreue und Betrug wurde vom Staatsanwaltschaft Wuppertal nicht bestätigt.

In dem Zusammenhang betont die Wirtschaftsprüfungsagentur Deloitte, die die Ermittlungen unterstützte, dass die BLB-

Mitarbeiter unter massivem Druck handelten, jedoch kein Beweis für inkriminierte Zahlungen vorliegt. Die Mitarbeiter suchten oftmals den kurzen Dienstweg, nicht aus korrupten Motiven, sondern angesichts der Drucksituation, in der sie sich befanden. Der Deloitte-Bericht wird auch im Haushaltsausschuss des Landtags vorgestellt, wo die Ergebnisse eingehend diskutiert werden sollen.

Ermittlungen und laufende Verfahren

Trotz der Entlastung der BLB-Mitarbeiter dauern die Ermittlungen gegen weitere Beschuldigte an. Dabei stehen unter anderem ein Architekt und zwei Lieferfirmen im Fokus. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen insgesamt sieben Personen, während weiterhin Unklarheiten über die genauen Abläufe und Entscheidungsträger bestehen. Die SPD-Fraktion im Landtag äußert neue Bedenken und stellt in Frage, ob das Projekt von Beginn an ordnungsgemäß durchgeführt wurde. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Christian Dahm kritisiert die Folgen für die Mitarbeiter, die seiner Meinung nach ȝins Schaufenster gestelltȝ wurden.

Die Vorwürfe um die Sanierung der Staatskanzlei umfassen erhebliche finanzielle Schäden, die durch Einflussnahme auf Auftragsvergaben entstanden sind. Das aktuelle Budget für die Sanierung beläuft sich auf 72,2 Millionen Euro, was einem Anstieg von 67 % aufgrund von Faktor wie der Pandemie, dem Ukraine-Krieg und Inflation entspricht. Dennoch soll die Fertigstellung der Bauarbeiten im Sommer bevorstehen.

Politische Reaktionen und weitere Fragen

Der frühere Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) wird in Zusammenhang mit der Auswahl eines bestimmten Architekten gebracht, der ohne korrektes Ausschreibungsverfahren engagiert wurde. Die SPDs finanzpolitischer Sprecher, Alexander Baer, äußert zudem die Befürchtung, dass es in der Staatskanzlei ein ȝRegime der Angstȝ gegeben haben könnte,

was sich möglicherweise negativ auf die Entscheidungsfindungen ausgewirkt hat.

Die politische Debatte über den Skandal wird intensiv geführt, insbesondere hinsichtlich der Verantwortung der Staatskanzlei und der ehemaligen Landesregierung. Die Unklarheit, insbesondere bei den Luxusanschaffungen innerhalb des Projekts, bleibt ein heikles Thema.

Die Ermittlungen und Berichte rund um die Sanierung der Staatskanzlei zeigen auf, dass es in der Landespolitik viele Fragen gibt, die dringend geklärt werden müssen. t-online.de und wdr.de werden die Entwicklungen weiter beobachten und berichten. Die nächsten Monate könnten entscheidend für die politische Aufarbeitung des Skandals sein.

Details	
Vorfall	Korruption
Ursache	Bestechung, wettbewerbsbeschränkende Absprachen, Untreue, Betrug
Ort	Düsseldorf, Deutschland
Schaden in ژ	72200000
Quellen	• www.dewezet.de • www.t-online.de • www1.wdr.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de